

Extra: Vereine & Verbände

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

dieses EXTRA »Vereine und Verbände« befasst sich fast ausschließlich mit dem Engagement gegen Rechts der Menschen vor Ort. Die Ergebnisse der Bundestagswahl waren schon eine Erschütterung, obwohl kaum jemand noch etwas anderes erwartet hatte. Die Kritik von LobbyControl am Parteienfinanzierungssystem gehört auch zu diesem Themenkomplex. Immerhin spielt sie eine mächtige Rolle bei der Legitimation jener politischen Akteure, die sich bei ihrer Form des Engagements für die Gesellschaft zur Wahl stellen müssen. Dabei sollten die scheinbar kleinen Initiativen nicht vergessen werden. Wenn sich eine Nachbarschaftsinitiative zu gemeinsamen Radtouren, wie in Schwedt, gefunden hat, ist das ein unschätzbar großer Beitrag zum guten Klima zwischen Bürgern und Bürgerinnen. Daran hat es in den vergangenen Jahren oftmals gemangelt. AfD und Co. setzen sogar genau hier an. Schwache gegen Schwache ausspielen, war schon im alten Rom ein Mittel, politische Interessen kühl kalkuliert durchzusetzen.

Ihr
Martin Hardt

Inhalt

Nach der Wahl: Zivilgesellschaft ist gefragt	1
LobbyControl: Parteienfinanzierung offen legen!	2
Das EXTRA-Rätsel	2
Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2017	3
DGB aktiv gegen Rechts Menschenwürde gilt hierzulande und weltweit	3
Wettbewerb »Die schönsten Nachbarschaftsaktionen 2017«	4
Brandbrief aus Mecklenburg: Gemeinnützige Schuldnerberatung ist unverzichtbar	4

Das nächste Extra erscheint am 10.11.2017
Thema: »aktiv & gesund«



Sommer 2017. Eine Gegendemonstration gegen Rechtsextremisten im Karlsruhe-Durlach machte deutlich, worum es auch in Zukunft geht.

Foto: picture alliance/Uwe Anspach

Nach der Wahl: Zivilgesellschaft ist gefragt

»Aus Schockstarre wird Aktion«

Von Martin Hardt

»Für viele, auch für uns, war das Wahlergebnis ernüchternd. Doch die Schockstarre wich schnell auch Hoffnung. Denn zahlreiche Menschen zeigten uns mit viel Zuspruch und Spenden für demokratische Initiativen ihre Unterstützung. Ein ermutigendes Gefühl und ganz praktische Wertschätzung in stürmischen Zeiten.«, beschreibt Franziska Schindler in ihrem Beitrag »Aus Schockstarre wird Aktion« auf der Homepage der Amadeu-Antonio-Stiftung ihr Wechselbad der Gefühle am Montag nach der Bundestagswahl. Vorher war die Stiftung

mehrheitlich ein Lieblingsmailziel von Sudelattacken gewesen.

Franziska Schindler hatte Glück, für viele andere war das Wahlergebnis weniger ein Schock, als die Bestätigung, dass sich etwas in diesem Land durch eine Minderheit tiefgreifend verändern könnte. Wie sang Manfred Maurenbrecher in seinem Song »Wessi« auf dem Album Lieblingsspiele anno 1997 vom Ende einer Welt nach dem Mauerfall? »Werden wir noch einmal über das Feuer springen, wie damals mit Hatice und Ali?« Maurenbrecher ahnte das dünne Eis auf dem der Wessi stand, als dessen Schwager aus dem Osten kam und Club-Cola wollte. Mit

Hatice und Ali hat sich Maurenbrechers Protagonist wohl auch nicht mehr getroffen. Eine Zeitenwende strengt an.

Nun ist der Einzug der AfD in den Bundestag ein Westgewächs, in Opposition zur Merkel-CDU geboren, wenn man den großen und kleinen Interpreten glauben darf, aber die Wessifizierung des scheinbar immer noch neuen gesamtdeutschen politischen Systems dürfte auch eine Rolle spielen. Damit ist keimwegs der Grundkanon guter Erziehung wie Toleranz und Offenheit gemeint. Der hat, wenn man sich die Wahlergebnisse im ganzen Land, Ost wie West, anschaut, eine satte Mehrheit.

Vielleicht hatten ja die Predigten vom freien Spiel der Kräfte in der Wirtschaft, Maurenbrechers Wessi Ahnungen aufkommen lassen. Das, was er der Verwandtschaft über Jahre mit Brusttonüberzeugung verkündet hatte, würde ihn wohl einholen.

Sein Schwager hatte ihm nur die kleine Globalisierung von Ost nach West voraus und gegenüber der großen wurde schon damals bis heute die Fahne gestrichen. Identität auf dünnem Eis. Nun hat keiner mehr ein Rezept. Klar, das dann auch der Griff in die Mottenkiste vom gemühtlichen Nationalstaat nahe liegt. Was viele Abgeschriebene in diesen Land in West und Ost

angeht, liegt hier vielleicht der eigentliche Hase im Pfeffer. Und mehr Bildung hilft erst morgen.

Gibt es eine Spaltung zwischen Ost und West, die die AfD sichtbar macht? fragt die Zeitung Südwest Presse DGB-Chef Reiner Hoffmann, ein Interview, das über die die Homepage des DGB nachzulesen ist. Seine Antwort: »Die deutlichen regionalen Unterschiede zeigen in der Tat einen Riss in diesem Land. Aber es gibt auch einen sozialen Riss, nicht nur einen geografischen: 22 Prozent der Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt. Das sind sieben Millionen, die weniger als 9,60 Euro pro Stunde verdienen.

Da ist Altersarmut programmiert. Und wir haben eine Spaltung, dass Reiche immer reicher werden und die Armen auf der Stelle treten. Die unteren 40 Prozent der Arbeitnehmer hatten in den letzten Jahren keine Reallohnsteigerung. Wir brauchen soziale Stabilität, um Sicherheit zu garantieren.« Viel besser als mit dem letzten Satz könnte man das Credo einer sozialen Marktwirtschaft nicht definieren, von der wirklich alle etwas haben sollten. Ein DGB-Chef muss es wissen. Er kennt die Kluft zwischen sozialem Anspruch und wirtschaftlicher Interessenpolitik.

Es scheint, als könne das Auftreten der AfD auf der politischen Bühne auch ein Weckruf werden. Wenn es stimmt, dass nur ein kleiner Teil ihrer Wählerschaft überzeugt schwarzbraun ist, dann können sie bis zum nächsten Mal rücküberzeugt werden. Bis dahin, hat nicht nur die unmittelbare Politik eine schwere Aufgabe, sondern alle, die sich mit dem Denken und Fühlen identifizieren, die Zivilgesellschaft ausmachen. Da macht Franziska Schindlers erster Tag nach der Wahl schon klar, wo der Hammer hängt.

www.amadeu-antonio-stiftung
www.dgb.de

SACHSEN

Goldener Herbst
für Kurzeinschlössene
01824 KO Göhrisch/ Sächs. Schweiz

Sonntag bis Freitag
5 Ü/HP à la carte im DZ
zu 225 €/P.

Pension „Waldidylle“
Papendorfstraße 130
Pamela und Thomas Kretschmar
Info: ☎ 035021 - 683 56
www.gohrisch.net

Sächsische Schweiz
Schöne FeWo ab 40 € (bis 4 Pers.)
☎ 03 50 28 858 80 www.saechsische-schweiz-touristik.de/guesthar

GESUCHT SCHNEEED-PARTNER

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Winterurlaub am Meer auf der schönen Insel Usedom

Komfort & Service zum Verwöhnen

(u.a. Badelandschaft, Restaurants mit Meerblick & Terrasse, SPA „Seerosen“, Cocktails, Bowlingbahn)

Ganzjährig attraktive Arrangements

Strandhotel Seerosen Kölpinsee
17459 Seebad Kölpinsee/Loddin • Strandstraße 1
Tel.: (03 83 75) 540 • Fax: 541 99
info@strandhotel-seerosen.de • www.strandhotel-seerosen.de

Empfohlen von Dr. Dr. Elke Brandt ****Hotel Borstel-Treff
Am Matzensteig 6, 19406 Dabel, Tel. 039485 / 20150, www.borstel-treff.de

KUREN IN MECKLENBURG - STRESS ABBAUEN -
7 U ab 408 € p.P. im DZ
14 U ab 668 € p.P. im DZ
inkl. HP, 10 bzw. 20 Anwendungen
Indikation: chronische Erschöpfung, Schmerzen im Bewegungsapparat, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Z.n. Schlaganfall, Prophylaxe
Kutschenausflug bis 220 € möglich

TAGUNGEN UND FAMILIENFEIERN/ HOCHZEITEN in der neu erbauten Orangerie (für 30 - 150 Pers.)
WELLNESS-WOCHENDE ab 309 €
KUSCHELWOCHE ab 99 €
GUTSCHNEINE für jede Gelegenheit
URLAUBS- und VERHINDERUNGSPFLEGE

• Zimmerpreise ab 43 € p.P./N inkl. Fr.
• Physiotherapie im Haus
• 10% Rabatt für Mitglieder DIE LINKE
• NEU: Präventionsreisen
• Silvesterangebot 5 Tage inkl. HP + Programm ab 395 €

Mehr bewegen in M-V:
Rehasportverein Hase und Igel e.V.
(auch hier im Haus)

NIEDERSACHSEN

5 Tage Urlaub machen und nur 4 Tage bezahlen
Den Herbst in der Lüneburger Heide genießen

Die Woche ist im Oktober oder November frei wählbar
Sonderpreis: Erwachsene 220 Euro (statt 275 Euro), Kinder (4 - 12 Jahre) halber Preis, Anreise jeweils Sonntag Nachmittag, Abreise Freitag Vormittag - inklusive Vollpension (3 Mahlzeiten)

3-tägiges* Heideruh-Sonderangebot:
Ausstellung „150 Jahre Das Kapital“

Jeweils Freitags bis Sonntags (27.10.17*, 24.11.17, 26.01.18** + 23.02.18) geselliges Beisammensein, Kutschfahrt und Besuch der Ausstellung im Museum der Arbeit in Hamburg (mit fachkundiger Führung)

Preis: ab 129 Euro p.P. (inkl. 3 Mahlzeiten + 1 Freigetränk am Abend)

* 5-tägig (bis Dienstag/Reformationstag)
** mit Gedenkveranstaltung in Buchholz

Veranstaltung: 28. - 29. Oktober 2017
Kinder und Enkel von Verfolgung und Widerstand im Norden
• Kennenlern-Runden „Mein Lebensweg ist geprägt durch ...“
• Vortrag und Diskussion: „Auf der Suche ...“
• verschiedene Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten

Preis: 68 Euro für Verpflegung und Unterkunft

Heideruh e.V.
Ahornweg 45
21244 Buchholz
☎ (04181) 87 26
info@heideruh.de
www.heideruh.de

MONTENEGRO

Montenegro – „Wilde Schönheit“
8-tägige Kultur- und Erlebnisreise 2018

09. - 16.05. und 20. - 27.05.18
30.09. - 07.10. und 10. - 17.10.18
ab 899 €

Sie fliegen von Berlin-Tegel nach Dubrovnik und übernachten in einem 4-Sterne-Hotel in Budva. Im Preis enthalten sind HP, verschiedene Tagesausflüge, eine Bootsfahrt u.v.a.m..
Es gibt auch einen fakultativen Zusatzausflug nach Dubrovnik.

Zusätzliches (pro Person):

- Einzelzimmerzuschlag im Mai 185 €
- Einzelzimmerzuschlag im Sept./Oktober 165 €
- Zuschlag Zimmer m. Meerblick 70 €
- Zusatzausflug Dubrovnik 59 €

Beratung und genauere Info's: nd-Anzeigenabteilung
Frau Weigelt • Tel.: (030) 2978-1842 • Fax: (030) 2978-1840

LobbyControl:

Parteienfinanzierung offen legen!

Die Anfänge von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie liegen in einem Kongress mit dem Thema »Gesteuerte Demokratie?«, der 2004 in Frankfurt stattfand. 2006 gegründet wurde der Verein durch Aktionen wie der Untersuchung der Einladungs-politik zur Talksendung von Sabine Christiansen, über den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft, über Berater der Wirtschaft bei der Gesetzgebung bekannt. Er geriet dabei auch unter Kritik, was nicht verschwiegen werden sollte. Vor sieben Jahren rief LobbyControl das Onlinelexikon Lobbypedia ins Leben, das 2012 Grimme Online Award ausgezeichnet wurde. LobbyControl fasst auf seiner Homepage seine Kritik an der aktuellen Parteienfinanzierung wie folgt zusammen:

Die Anfänge von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie liegen in einem Kongress mit dem Thema »Gesteuerte Demokratie?«, der 2004 in Frankfurt stattfand. 2006 gegründet wurde der Verein durch Aktionen wie der Untersuchung der Einladungs-politik zur Talksendung von Sabine Christiansen, über den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft, über Berater der Wirtschaft bei der Gesetzgebung bekannt. Er geriet dabei auch unter Kritik, was nicht verschwiegen werden sollte. Vor sieben Jahren rief LobbyControl das Onlinelexikon Lobbypedia ins Leben, das 2012 Grimme Online Award ausgezeichnet wurde. LobbyControl fasst auf seiner Homepage seine Kritik an der aktuellen Parteienfinanzierung wie folgt zusammen:

Mangel an Transparenz

Das Grundgesetz verlangt in Artikel 21 Abs. 1 Satz 4 zum Schutz der Demokratie vor intransparenter Einflussnahme, dass die Parteien öffentlich Auskunft über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel geben müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass dies darauf zielt, dass die WählerInnen sich über finanzielle Einflussnahmen informieren können; eine aufgeklärte Wahlentscheidung soll möglich sein. (vgl. BVerfGE 85, 264 [165]) Dieses Ziel wird jedoch in mancherlei Hinsicht nicht erreicht.

Fehlende Obergrenzen

Für Spenden oder andere private Zuwendungen gibt es in Deutschland keinerlei Obergrenze. Zudem sind auch Parteispenden von Unternehmen und Verbänden legal. Dies ist in anderen Ländern anders: Beispielsweise dürfen in Frankreich Privatpersonen maximal 7.500 Euro jährlich an Parteien spenden, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden sind verboten.

Die fehlenden Schranken in Deutschland bedeuten, dass das demokratische Grundprinzip gleichen Stimmgewichts aller Bürgerinnen und Bürger durch hohe finanzielle Zuwendungen an die politischen Akteure aufgeweicht und gefährdet wird. In Deutschland spenden zahlrei-

che Konzerne, Wirtschaftsverbände und extrem reiche Einzelpersonen regelmäßig fünf- und sechsstellige Beträge an die von ihnen bevorzugten Parteien. Dies beeinflusst das politische Wettbewerbsgefüge, insbesondere in Wahlkämpfen. Es kann Abhängigkeiten begründen und bei den Empfängern den Druck oder die Neigung erzeugen, sich aus Dankbarkeit mit politischer Gefälligkeit zu revanchieren.

So müssen die Parteien Spenden erst ab einer Größenordnung von 10.000 Euro pro Jahr in ihren Rechenschaftsberichten veröffentlichen. Diese Transparenzschwelle ist so hoch, dass bis zu 75 Prozent der Unternehmensspenden an Parteien anonym bleiben.

ner politischen Entscheidung gab. Nur Einzelspenden ab 50.000 Euro müssen unmittelbar dem Bundestag angezeigt und veröffentlicht werden.

Durch Stückelung von Spenden in Beträge knapp unterhalb der Schwellen kann die Veröffentlichungspflicht leicht umgangen werden. So spendete der zweitgrößte Parteispender der letzten Jahre, das Firmengeflecht der Deutschen Vermögensberatung AG DVAG, von 2011 bis 2014 fast 2 Millionen Euro (davon allein über 1,3 Millionen Euro an die CDU), ohne dass auch nur ein einziger Teilbetrag sofort nach Zahlung veröffentlicht wurde. Eine öffentliche Diskussion über die Spenden wird so weitestgehend vermieden. Zudem werden immer wieder Fälle publik, bei denen Spenden in Beträge knapp unter 10.000 Euro gestückelt wurden. Dabei werden teilweise auch Strohleute eingesetzt.

Nicht im Einzelnen offenlegen müssen die Parteien die seit Jahren wachsenden Einnahmen aus sogenanntem Parteispending durch Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Die konkrete Herkunft von Millionenbeträgen bleibt so vor der Öffentlichkeit verborgen. Denn die Sponsoringeinnahmen gehen nur anonym in verschiedene Sammelposten der Rechenschaftsberichte ein (»Einnahmen aus Veranstaltungen«, »Einnahmen aus Beteiligungen«, »Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit«).

Stichproben zeigen, dass Sponsor-Einnahmen die Höhe von Spenden weit übersteigen können. So erhielt beispielsweise die CDU in 2015 98.000 Euro vom Tabakkonzern Philip

Morris, davon 83.000 Euro als Sponsorgeld, 15.000 Euro als Spende.

Auch für indirekte Zuwendungen an Parteien in Form von Wahlkampfunterstützung durch Dritte (sogenannte »Parallelaktionen«) gibt es keine Transparenzregeln, so dass die Geldgeber umfangreicher Wahlkampagnen unerkannt bleiben können. Von solchen anonymen Geldern in Millionenhöhe profitierte die AfD bei den Landtagswahlen 2016 und 2017 in sieben Bundesländern. Schließlich werden auch die Kreditgeber der Parteien nicht offengelegt. Dabei kann eine Partei durch Kredite noch massiver von Geldgebern abhängig werden als durch Spenden. Zudem können Spenden in Form von Krediten mit besonders niedrigen Zinsen oder Tilgungsraten maskiert werden.

Die vom früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker eingesetzte Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung forderte schon 1993, die Kreditgeber der Parteien offenzulegen. Auch Bundestagspräsident Lammer sieht das Risiko von Abhängigkeit und Einflussnahme vor allem bei Geldgebern, die in den Rechenschaftsberichten als »sonstige Darlehensgeber« anonym aufgeführt sind. Denn bei ihnen müsse man damit rechnen, dass sie »über eine Kreditvergabe nicht unter den üblichen geschäftlichen Bedingungen eines Kreditinstituts entscheiden, sondern nach Maßgabe politischer, taktischer oder strategischer Gesichtspunkte.«

lobbycontrol/muh

Berliner Stiftungstag am 17. November im Roten Rathaus

Ein Schaufenster des Engagements

Der Berliner Stiftungstag am 17. November im Roten Rathaus gibt alle zwei Jahre die Möglichkeit, dieses Stiftungsengagement einer breiten Öffentlichkeit an einem Ort zu präsentieren. Den Besucherinnen und Besuchern bietet sich Gelegenheit, die vielfältige Stiftungslandschaft und deren Arbeit kennenzulernen und sich zu

eigenem Engagement inspirieren zu lassen. Er bietet zudem jährlich ein Forum zur Begegnung und zum fachlichen Austausch. Im kommenden Jahr soll der Stiftungstag in Form eines »Marktes« organisiert werden, um das vielfältige soziale und kulturelle Engagement des Stiftungslebens von Berlin besser abbilden zu können.

Organisator des Stiftungstages ist die Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. Sie organisiert auch die Berliner Freiwilligenbörse. Sie findet zum 11. Mal am 14. April 2018 im Roten Rathaus von 11 bis 17 Uhr statt. Auf der vergangenen Börse informierten und warben Initiativen Berlins in 100 Ständen für ihre Ziele und Projekte.

Die Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. fördert seit 1988 freiwilliges Engagement in der Stadt. Auf ihrer Homepage finden sich viele Informationen über die Möglichkeiten, hier mit zu machen.

www.berliner-stiftungstag.info
www.landesfreiwilligenagentur.berlin

Das Extra Rätsel

Der Hollerhof

Christel und Dietrich Kittner-Stiftung
Dederitz 6, A-8490 Bad Radkersburg
(Österreich, südöstlichste Steiermark)
Telefon: (0043) 34 76 20525
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
Internet: https://hollerhof.at

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Web-Tipp

Welche Partei bekam wieviel

»So weit das Parteienfinanzierungsgesetz es erlaubt.« Unter diesem Vorsatz sollte auch die Benutzung der neuen Datenbank zur Parteienfinanzierung auf www.lobbypedia stehen. Aber immerhin, wer auf der Abfragemaske CDU eingibt, den Spendenbeitrag auf 10.000 Euro setzt und eine Abfrage startet, kommt zu der Erkenntnis, dass METALL NRW - Verband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen e.V. hier das meiste Geld an die Partei spendete. Bei der SPD war es Daimler. Bei Die Linke findet sich kein Eintrag. Die Abfrage mit dem Browser Opera funktionierte gut, nach einem Rückruf bei LobbyControl, stellte sich heraus, dass es mit dem Internetexplorer Probleme gibt, an denen gearbeitet wird. Lobbypedia ist aber auch jenseits der Datenbank eine interessante Adresse, wenn es um den Lobbyismus in diesem Land geht. Für die Parteispendedatenbank haben 273 Spender an LobbyControl 15.000 Euro aufgebracht. Eine Menge Geld, aber nicht Welt. Da dauern »Kinderkrankheiten« länger. muh

www.lobbypedia.de

Impressum

Extra
Verlagsbeilage der Tageszeitung neues deutschland

Redaktion und Gestaltung:
Martin Hardt: V.i.S.d.P.
E-Mail: m.hardt@nd-online.de

Autoren und Quellen
Martin Hardt (mwh),
Quellen wie am Text angegeben

Bildquellen
Seite 1: picture alliance/Uwe Anspach; Seite 3: Generic Space; Seite 4: Netzwerk Nachbarschaft

Anzeigenverkauf
Dr. Friedrun Hardt (Leitung)
(030) 2978 -1841
Sabine Weigelt -1842
Telefax: -1840
E-Mail: anzeigen@nd-online.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2017
www.neues-deutschland.de

Und das können Sie gewinnen

1. Preis: Drei Übernachtungen für zwei Personen in einer FeWo auf dem Hollerhof in Bad Radkersburg (Österreich), dem letzten Wohnquartier des Kabarettisten Dietrich Kittner
2. Preis: 2 Tickets für die trÄNEN - pALAST-Reihe »Missverstehen Sie mich richtig!« in der Berliner »Distel« am 17. Dezember, 18 Uhr mit Gregor Gysi und Kurt Krömer
3. Preis: eine Ledergeldbörse (gesponsert von Fielmann)

Lösungswort auf Postkarte an:
Neues Deutschland
Anzeigen Geschäftskunden
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Einsendeschluss: 20.10. 2017
Die Gewinner werden im nächsten EXTRA bekanntgegeben.

Lösungswort des letzten Rätsels:
Reisebuero

- Die Gewinner:
1. Preis: Ursula Virgiels, Senftenberg
 2. Preis: Wolfgang Baasch, Lübeck
 3. Preis: Stephan Schreiber, Leipzig

Service

Beispiele gegen den Rassismus

Baden-Württemberg. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist ein unabhängiges, überregionales Netzwerk lokaler Initiativen in diesem Bundesland, die sich mit Flüchtlingen und für Flüchtlinge engagieren.

Flüchtlingsrat
Baden-Württemberg e. V.,
Hauptstätter Straße 57, 70178
Stuttgart, Tel: 0711 / 55 32 83-4
www.fluechtlingsrat-bw.de

Bayern. Die Ziele des Netzwerks Rassismus- und Diskriminierungsfrees Bayern e.V. sind die Sichtbarmachung und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und die Unterstützung von Personen, die sie erfahren müssen.

Netzwerk Rassismus und Diskriminierungsfrees Bayern,
Zeppelinstraße. 63, 81669
München,
www.rassismusfrees-bayern.net

Berlin. Das Bündnis gegen Rassismus hat sich nach dem Bekanntwerden des NSU im November 2011 gegründet. Seitdem stellt das Bündnis die Perspektiven von Menschen, die Rassismus erfahren, in den Vordergrund. Es trifft sich alle zwei Wochen mittwochs um 18.30 Uhr im Migrationsrat Berlin-Brandenburg.

Migrationsrat Berlin-Brdbg.,
Oranienstr. 34, 10999 Berlin,
www.buendnisgegenrassismus.org

Brandenburg. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Netzwerk von landesweiten und lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten, die für die zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten.

Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Mittelstraße
38/39, 14467 Potsdam,
www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de

Bremen. Der Name der Initiative »Werderfans gegen Diskriminierung« spricht für sich. Eine Arbeitsgruppe bunt zusammengewürfelte Werder-Fans thematisiert Diskriminierung beim Fußball öffentlich.

Fan-Projekt Bremen e. V., Franz-Böhmert-Str. 5, 28203 Bremen,
Tel.: 0421-498024, www.werderfans-gegen-rassismus.de

Hamburg. Eine Welt Netzwerk Hamburg setzt sich dafür ein, dass Rassismus, sei er gesetzlicher, gewalttätiger oder subtiler Art, abgeschafft bzw. abgebaut wird. Es entwickelt antirassistische Handlungskonzepte, bietet Anti-Rassismus-Trainings an, informiert in Broschüren und auf Veranstaltungen.

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., Große Bergstraße 255,
1.Stock, 22767 Hamburg,
www.ewnw.de

Hessen. Das BeratungsNetzwerk Hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus veröffentlicht eigene Publikationen und Analysen sowie Berichte zur Beratungspraxis und Info-Material zum Thema.

Demokratiezentrum Hessen,
Wilhelm-Röpke-Str. 6,
35032 Marburg, Tel. 06421/28
21 110, www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2017

Stille Helden vor Ort

Von Martin Hardt

Nicht weniger als 56 Initiativen, Projekte und Kommunen haben sich für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2017 beworben oder wurden für die Auszeichnung vorgeschlagen. Der Preis würdigt Engagement von Initiativen und Kommunen gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte und eine demokratische Kultur.

Die folgenden Nominierten wurden von der Jury ausgewählt: Gerede – homo, bi und trans e.V. und RosaLinde Leipzig e.V. mit dem Projekt »Que(e)r durch Sachsen: Mobile Beratung im ländlichen Raum«, Geschichtswerkstatt Freiberg / Regionales Bildungszentrum Eckert gGmbH mit

dem Projekt »Zeit-Zeugen-Begegnungen«, Grass Lifter – ASA-FF e.V., Chemnitz/Zwickau, mit dem Theatertreffen »Unentdeckte Nachbarn«, der Helferkreis der Stadt Meerane, Menschlichkeit als Tradition e.V. Stollberg im Erzgebirge und die Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven e.V. (RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V.) mit dem Bürgerbündnis »Hoyerswerda hilft mit Herz«, Beratung von Opfern rechts-motivierter Gewalt, Dokumentation des Prozesses gegen die »Gruppe Freital« und dem Projekt »Ein Quadratkilometer Bildung«.

Die Preisverleihung findet am 6. November 2017 in der Staatsoperette Dresden unter der Schirmherrschaft von Mar-

tin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr statt. Die Laudatio hält die Journalistin und Filmemacherin Esther Schapira.

Der Förderpreis wird seit 2007 von der Amadeu Antonio Stiftung, der Cellex Stiftung, der Dirk Oelbermann Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung vergeben. Auf der Homepage zum Sächsischen Förderpreis für Demokratie unter www.demokratiepreis-sachsen.de heißt es: »Der Aufstieg der AfD zur stärksten Kraft in Sachsen sorgt für Debatten. Welches Klima dahinter steht und was das für die dort lebenden Menschen, vor allem Migranten, Homosexuelle, Geflüchtete und Men-

schen nicht-rechter Meinung bedeutet, gerät dabei oft aus dem Blick. Hoffnung in der Schockstarre nach der Bundestagswahl machen die für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2017 nominierten Initiativen, die sich ohne Wenn und Aber mit großem persönlichen Mut für die Sache der Demokratie und der Menschenrechte einsetzen.«

Tatsächlich ist in den politischen Debatten während des vergangenen Bundestagswahlkampfes eine entscheidende Tatsache zu kurz gekommen: Jenseits der versuchten Erklärungen, warum rechtes Gedankengut, nicht nur der AfD, ausgerechnet in Sachsen, den nicht mehr ganz so neuen Bundesländern oder im klassischen SPD-Milieu, wie im Ruhrge-

biet, wieder offen zum Ausdruck kommen oder warum und wieso die etablierten Parteien tragen, gerieten die ins Hintertreffen, die vor Ort dem rechten Treiben die Stirn bieten und offensichtlich doch nicht so alleine sind. Eine Nabelschau, die gefährlich werden kann, weil sie die Perspektive verzerrt.

Der Widerstand ist da. Laut www.demokratiepreis-sachsen.de haben in den vergangenen zehn Jahren 50 Projekte und 3 Kommunen Sächsischen Förderpreis für Demokratie erhalten. Wichtiger ist aber vielleicht noch, dass es in dieser Zeit 637 Bewerbungen gegeben hat, und das gilt nur für Sachsen.

www.demokratiepreis-sachsen.de

Service

Beispiele gegen den Rassismus

Mecklenburg-Vorpommern. Der Flüchtlingsrat MV e.V. beteiligt sich über das Projekt am Ratschlag der Bündnisse MV und an der Kampagne MV für alle und ist mit vielen Akteuren vernetzt.

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V., Postfach 11 02 29, 19002 Schwerin,
Tel: +49 (0)385 / 581 57 90,
www.fluechtlingsrat-mv.de

Niedersachsen. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ist ein Zusammenschluss von Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschaften, Kirchengemeinden und Einzelner.

Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V., Röpkestr. 12, 30173 Hannover, Tel. 0 511 / 98 24 60 30,
www.nds-fluerat.org

Nordrhein-Westfalen. Der Aachener Wirbelsturm gegen Gewalt besteht aus engagierten Jugendliche, die gegen Gewalt, Rassismus und Drogenmissbrauch antreten.

Aachener Wirbelsturm gegen Gewalt, Eastside Boxing, Naldelfabrik, Reichsweg 30, 52068 Aachen, Tel. 02404 / 55 69 38,
www.wirbelsturm-aachen.de

Rheinland-Pfalz. Der Initiativsausschuss für Migrationspolitik setzt sich aus Mitgliedern der Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsverbänden und MigrantInnenorganisationen zusammen.

Initiativsausschuss für Migrationspolitik, Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz,
Tel. 06131 / 28744-20, www.ini-migration.de

Saarland. Das Adolf-Bender-Zentrum ist ein anerkannter Träger der Jugendhilfe mit den Schwerpunkten Demokratische Bildung und Interkulturelle Verständigung.

Adolf-Bender-Zentrum e.V., Gymnasialstraße 5, 66606 St. Wendel, Tel. 06851/808279-0, www.adolfbender.de

Sachsen. Das Bündnis gegen Rassismus Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. ist der zentrale Dachverband von Verbänden und Selbstorganisationen im Land.

Bündnis gegen Rassismus Sächsischer Flüchtlingsrat e.V., Dammweg 5, 01097 Dresden,
www.buendnisgegenrassismus.de

Sachsen-Anhalt. Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. ist in der Analyse, Beratung und (Jugend-)Bildung tätig.

Miteinander e.V., Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg,
Tel. (0391) 62077-3,
www.miteinander-ev.de

Schleswig-Holstein. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. wurde 1989 gegründet und ist ein Zusammenschluss von vielen Akteuren solidarischer Flüchtlingshilfe im ganzen Land.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Sophienblatt 82-86,
24114 Kiel, Tel. 0431-735 000,
www.frsh.de

Thüringen. Der MOBIT e.V. wurde 2001 von der Jüdischen Landesgemeinde, dem DGB und der Evangelischen Kirche gegründet. Sein Beratungsteam ist landesweit unterwegs.

MOBIT e.V., Schillerstr. 44,
99096 Erfurt, Tel. 0361 / 219 27
34, www.mobit.org

DGB: Aktiv gegen Rechts

Menschenwürde gilt hierzulande und weltweit

Von Martin Hardt

»Die SPD bleibt trotz deutlicher Verluste die Partei, der eine Mehrheit von 29 Prozent der GewerkschafterInnen ihre Stimme gegeben hat. Es folgt die Union aus CDU/CSU mit 24 Prozent der Gewerkschaftsstimmen. Alle Parteien der großen Koalition müssen im Vergleich zur letzten Wahl deutliche Verluste hinnehmen. So kam die SPD 2013 noch auf 35,9 Prozent der Stimmen aus dem Gewerkschaftslager. CDU/CSU sackten hier um rund acht Prozent von vormals 32,4 Prozent ab. Zulegen konnte die AfD. Ihr gaben 15 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Befragten die Stimme. Auch Linke und FDP legen zu.« So lautet die Zusammenfassung einer Wahlanalyse des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Wahlverhalten seiner Mitglieder unter der Rubrik »Themen«. Damit wird deutlich, dass auch die Gewerk-

schaften dem Druck einer Minderheit ausgesetzt sind, deren Führer in die politische Lücke vorstoßen, die sich in erheblichen Teilen aus dem neoliberalen Nichtstun der letzten Bundesregierungen im Zeichen der Globalisierung aufgetan haben. Da tut es gut, wenn sich Stimmen zum Kontra erheben.

Anlässlich des Tags des Flüchtlings, Ende September, sagte DGB Vorstand Annelie Buntenbach in einer Pressemeldung: »Mehr als 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg sowie vor Gewalt und Verfolgung. Sie müssen fliehen, auch weil sie sich Diktatoren in den Weg stellen oder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe angehören. Am Tag des Flüchtlings sollten wir uns auch daran erinnern, dass Millionen Menschen vor dem Nationalsozialismus und der deutschen Kriegsmaschinerie fliehen mussten.

Die gewählten Abgeordneten des neuen Bundestages ha-

ben eine besondere Verantwortung, Flüchtlinge zu integrieren und menschenrechtliche Verpflichtungen einzuhalten. Dazu gehört, Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt wurden, nicht in Gebiete abzuschicken, in denen ihnen Gewalt, Folter oder Tod drohen - das gilt vor allem für Afghanistan.

In Deutschland müssen die künftigen Koalitionspartner Hindernisse für Integration abschaffen und Chancen verbessern. Das umfasst den Zugang zu Sprachkursen - sofort und unabhängig vom Herkunftsland - sowie sicheren Aufenthalt für Zeiten schulischer oder beruflicher Ausbildung. Bessere Teilhabechancen brauchen aber alle - Flüchtlinge genauso, wie Menschen die schon lange hier leben oder hier geboren sind. Deshalb fordert der DGB die neue Bundesregierung auf, ein gesetzlich verankertes Gesamtkonzept zu entwickeln, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die vor Krieg und Ausgrenzung zu uns geflohen sind, von Rechtspopulisten und Rechtsextremen beschimpft, verfolgt oder angegriffen werden. Flüchtlingen in Deutschland Schutz zu geben bedeutet, sie als Menschen mit all ihren Unterschieden zu akzeptieren. Dabei gelten die im Grundgesetz verankerten Rechte für alle: für kürzlich Eingereiste ebenso wie für Menschen, die vor Generationen eingewandert sind.

Flüchtlinge müssen, selbst wenn sie nicht auf Dauer hier bleiben, die Chance auf Bildung, Ausbildung und eine eigenständige Lebensführung haben. Deshalb ist es nicht akzeptabel, bestimmten Gruppen Sprachkurse, Ausbildung und Beschäftigung zu verweigern. Flüchtlinge wollen die Sprache lernen und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Sie wollen nicht in Aufnahmeeinrichtungen ohne Perspektive harrern sitzen.«

»Anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), MISEREOR, die Deutsche Kommission Justitia et Pax, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat und Kolping International die künftigen Regierungsparteien auf, im Koalitionsvertrag konkrete Schritte zur Sicherung der Menschenwürde in der Wirtschaft hierzulande und weltweit zu vereinbaren.«, heißt es in einer weiteren Pressemeldung des DGB.

Wer sich für die notwendige Debatte über den Erfolg der AfD wappnen möchte, dem sei der gründliche Beitrag auf der Seite »Handwerk im DGB« mit dem Titel »Gewerkschaftsfeinde entlarven« empfohlen. Ihm ist kaum etwas hinzuzufügen.

www.dgb.de/themen
www.dgb.de/extra/
aktiv-gegen-rechts
www.handwerk.dgb.de

Schloss Bröllin e.V. war Gastgeber für ein deutsch-russisches Theaterprojekt

Ich sehe Dich, ich kenne Dich

Von Martin Hardt

Es ist immer eine besondere Leistung, wenn sich Kulturprojekte, insbesondere mit internationalem Anspruch auf dem Lande halten. Im mecklenburgischen Fahrwalde, ist das der Fall. Die ehemalige Gutshausanlage Schloss Bröllin hat Retter mit einem Konzept gefunden. Auf www.kultur-mv.de, dem Kulturportal für Mecklenburg-Vorpommern im Internet, stellt sich das so dar: »Der Trägerverein schloss bröllin e. V. international art research location wurde 1992 von kreativen Köpfen und anderen engagierten Menschen gegründet. Er setzt sich aktiv für die Kunstproduktion, die regionale Vernetzung, die kulturelle Jugendarbeit, das Mitwirken in der nationalen und internationalen Kulturszene sowie den Erhalt der historischen Gebäude ein.

Über das Residenzprogramm des schloss bröllin e.V. werden jährlich mehrere internationale Gruppen mit Probenraum, Technik, Kost und Logis gefördert. Die Produktionsstipendien ermöglichen Ensembles und Gruppenaus verschiedenen Orten/Ländern kommen, eine konzentrierte Produktionsphase. Während des Aufenthaltes werden ent-

sprechende Arbeitsräume, Unterbringung und Verpflegung zur Verfügung gestellt.

Auf regionaler Ebene realisiert der Verein unterschiedliche Vorhaben gemeinsam mit den Menschen der Umgebung. Die besondere Lage im Grenzgebiet ermöglicht es mit polnischen und deutschen Partnern eine nachhaltige Interaktionen auszubauen und positive Entwicklungsprozesse auf beiden Seiten der Grenze durch künstlerische oder soziokulturelle Projekte zu fördern.«

Auf Schloss Bröllin war auch das deutsch-russische Theaterprojekt »Generic Space: Wir schaffen ein gemeinsames Kulturfeld« zu Gast. Die Teilnehmer entwickelten das Stück »Ich sehe Dich, ich kenne Dich«, das am 9. Oktober in Moskau Premiere feierte und am 14. Oktober in Rostow-am-Don und am 17. Oktober in Kazan gezeigt wird.

Für die Ideengeberin, die Mediaost Events und Kommunikation GmbH, wird Berlin mehr und mehr zu einem Zufluchtsort vor der immer rigider werdenden Kulturpolitik Russlands. Diese Tendenz habe auch historische Hintergründe. Um die Kreativität Berlins einzufangen, habe man für das Projekt Generic Space die Form des Verbatim-Thea-



Eine Szene aus »Ich sehe Dich, ich kenne Dich«.

Foto: Generic Space

ters ausgewählt, eine Form der dokumentarischen Theaterperformance, die authentische Aussagen zu einem eigenständigen Theaterstück inszeniert. In Russland werde diese Theaterform immer beliebter.

Auf Schloss Bröllin verarbeiteten die Teilnehmer ihre Recherchen in Berlin. Sie befragten Menschen in deren Alltag nach ihrem Berlin-Bild und fügten sie mit Erkenntnissen junger Philosophie- und Ge-

schichtswissenschaftlerInnen über das aktuelle und vergangene Verhältnis Moskau-Berlin zu einem Stück zusammen.

www.mediaost.de/aktuelles/

Nachrichten

Freiheit für Ramón Esono Ebalé

Der internationale Schriftstellerverband PEN ist zutiefst besorgt über die Inhaftierung des Karikaturisten Ramón Esono Ebalé (alias Jamon y Queso), der am 16. September in Malabo, der Hauptstadt von Äquatorialguinea, festgenommen wurde, so eine Mitteilung auf der Homepage des PEN Deutschland. Laut der Mitteilung wurde Ebalé zunächst bezüglich seiner Karikaturen befragt, die Präsident Obiang und andere Regierungsbeamte kritisierten. Einige Tage später berichteten Medien, dass gegen ihn wegen angeblicher Geldwäsche und Falschgeld ermittelt werde. Ebalé wurde am 20. September einem Richter vorgeführt, der ihn zu diesen neuen Vorwürfen befragte. Später wurde er in das Black Beach Gefängnis in Malabo verbracht, wo er in Präventivhaft gehalten wird, während weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Er wurde bisher noch wegen keiner Straftat angeklagt. Der internationale PEN geht davon aus, dass Esono Ebalé nur wegen seines politischen Engagements und seiner Arbeit verhaftet wurde. Der Schriftstellerverband fordert die Behörden Äquatorialguineas auf, ihn sofort und bedingungslos freizulassen. pen/mwh

www.pen-deutschland.de
www.pen-international.org

Einladung zum Herbstratschlag

Heute läuft die Einladung von attac an seine Mitglieder zum Herbstratschlag vom 20. bis 22. Oktober 2017 in der Freien Waldorfschule, Friedlebenstraße 52, 60433 Frankfurt am Main aus. Das Treffen dient der Bewertung der Aktionen des vergangenen Jahres und dem Ausblick auf das kommende. Der Ratschlag beginnt am 20.10. um 16 Uhr, mit der Haushaltsvorbesprechung, dem Workshop »Ratschlag für Neue« und dem Treffen von selbstorganisierten AGen. attac/mwh

www.attac.de

Netzwerk Nachbarschaft: Wettbewerb »Rauf auf's Rad« läuft

Die schönsten Nachbarschaftsaktionen 2017



Die WOBAG-Mitgliedertour auf einem Oderdeich. Foto: Netzwerk Nachbarschaft

In den 13 Jahren des Bestehens von »Netzwerk Nachbarschaft« haben sich über 2.500

ihren gemeinsamen Lebensraum mit kreativen, intelligenten Mitteln aufzuwerten und ihren Wohnalltag zu erleichtern. Die Projekte des Netzwerks Nachbarschaft sind generationenübergreifend. Auf die Frage »Was zeichnet für Sie die schönste Straße aus?« antworten 95 Prozent: Sicherheit für Kinder und Senioren. Schirmherr ist das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Jetzt ruft das Netzwerk zum Wettbewerb »Rauf auf's Rad« auf:

Auch im Herbst schwingen sich Nachbarn aus ganz Deutschland zusammen auf ihre Drahtesel. Ihr Ziel: Die Nachbarschaft erkunden und neue Freundschaften schließen! Das Fahrrad ist ein wichtiger Begleiter im Alltag der Deutschen (mittlerweile gibt es rund 73 Millionen Fahrräder in Deutschland). Als Transportmittel zur Arbeit oder zum Einkauf, für

einen gemeinsamen Ausflug mit Familie oder Freunden und Nachbarn macht es Furore. Großer Vorteil: Man kann das Tempo selbst bestimmen, ist flexibel, zudem ist es umweltfreundlich und gesundheitsbewusst. Darüber hinaus macht der Ausbau der Fahrradwege in vielen Städten das Fahren sicherer.

Dass Radfahren im Trend liegt, zeigen auch die Nachbarn der Wohnungsbaugenossenschaft Schwedt eG. Sie riefen gemeinsam die »WOBAG-Mitgliedertour« ins Leben. Der Andrang ist groß. Auf regelmäßig veranstalteten gemeinsamen Touren genießen sie die Schönheit der Natur oder die Lebendigkeit im Wohnumfeld. Pausen sind den WOBAGlern wichtig. Die gestalten sie mit lustigen Familienspielen, Musik und leckerem Essen. Auch für die, die sich nicht mehr selbst in den Sattel schwingen können, gibt es eine

gute Alternative: »Radeln ohne Alter« – eine in Dänemark entstandene, inzwischen weltweite Initiative. Freiwillige, gut bewegliche Menschen bieten gratis Ausflüge in Rikschas für Seniorenheim-Bewohner an. Dabei können die Fahrgäste die Umgebung entspannt genießen. »Das Bedürfnis, sich gemeinsam mit NachbarInnen zu Sport- und Freizeitaktivitäten zu treffen, nimmt deutlich zu. Vor allem ältere Nachbarn fühlen sich in der Gruppe sicherer«, sagt Ertrud Mühlens vom Netzwerk.

Aktionen rund ums Rad werden auch in diesem Jahr belohnt. Noch bis Ende Oktober können sich Nachbarn mit Kurzbericht und Fotos für den Wettbewerb »Die schönsten Nachbarschaftsaktionen 2017« bewerben. Weitere Infos und das Online-Bewerbungsformular finden sich auf der Wettbewerbsseite. mwh

www.netzwerk-nachbarschaft.net

Nachrichten

Zweckvereine können aufatmen

Mit dem Gesetz zum Bürokratieabbau und zur Förderung der Transparenz bei Genossenschaften vom Juli können Dorf- und ähnliche gemeinnützige Initiativen auch als eingetragene Vereine oder Genossenschaften geführt werden, wenn sie ideelle Ziele verfolgen und nicht vorsehen, dass Gewinne an Mitglieder ausgeschüttet werden. Die Lage für solche Projekte in Vereinsform hatte sich mit einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Mai ohnehin entspannt, das ein Urteil des Berliner Kammergerichts gegen einen Verein, der eine Kita als Zweckbetrieb führte, kassiert hat. Die Änderungen im Genossenschaftsrecht beinhalten Erleichterungen für kleine und Kleinstgenossenschaften insbesondere im Rahmen der Prüfung und schaffen eine weitere Möglichkeit, damit Mitglieder ihre Genossenschaft mit Darlehen unterstützen können. Für manche wird nun auch diese Rechtsform interessant. mwh

www.zdk-hamburg.de

Brandbrief von Jörg Böhm, Landesvorsitzender des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinnützige Schuldnerberatung ist unverzichtbar

Von Jörg Böhm, Landesvorsitzender des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Bei vielen Vereinen und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege gehört die gemeinnützige Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung zum Angebot sozialer Dienstleistungen für Hilfesuchende, in diesem Fall für überschuldete Familien und Einzelpersonen. Seit 10 Jahren liegt die Anzahl überschuldeter Einzelpersonen über 18 Jahren in Deutschland zwischen 6,19 und 7,34 Millionen Personen. Arbeitslosigkeit, übermäßiger Konsum, Krankheit und niedrige Einkommen sind die Hauptursachen für Überschuldung. Die gemeinnützige, soziale Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung hilft den Betroffenen, die den Weg aus den Schulden finden.

Durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit sowie niedrige Einkommen und damit verbundene Armut ist Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren besonders von Überschuldung privater Haushalte betroffen. Vereine und Verbände halten, teilweise in Kooperation mit einzelnen Kommunen, in 25 Städten sowie zahlreichen Außenstandorten ein flächendeckendes Beratungsangebot vor. Zunehmend problematisch entwickelt sich jedoch die Finanzierung und Realisierung dieser Aufgabe, zu der das Land und die Kommunen verpflichtet sind.

Die Beschäftigten wie die Träger leiden aber seit mehr als 25 Jahren darunter, dass sie als jährliche Projekte behandelt und nicht auskömmlich gefördert werden. Auch die längst

überfällige Umstellung und Anhebung der Sachkostenförderung in diesem Jahr hat daran nichts geändert. Beinahe 20 Jahre wurde die Sachkostenförderung nicht erhöht. Weil das Land den Eigenanteil, den die Träger erbringen müssen, nicht begrenzt, geben sie nach und nach auf.

Der Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern, als einer der Mitbegründer und nach wie vor größter Träger von gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen im Land, hat den jährlichen Fachtag der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung am 28. September zum Anlass genommen, um die Landesregierung und den Landtag zu einem Dialog über die Zukunft dieses wichtigen Beratungsangebotes aufzufordern.

Die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung ist

eine öffentliche Aufgabe. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip hat die öffentliche Hand diese Aufgabe an die freien Träger der Wohlfahrtspflege übertragen, was sie jedoch nicht von der Sicherstellung entbindet.

Durch ein flächendeckendes Netz dieser Fachberatung haben die Hilfesuchenden die Chance, ihre Überschuldungssituation zu regulieren, im besten Falle aufzulösen und somit persönliche wie auch berufliche Probleme zu bewältigen. Die Gläubiger haben die Chance auf eine Teil- oder vollständige Erstattung ihrer erbrachten Leistungen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunen erhalten eine qualifizierte Leistung durch die Träger der Wohlfahrt, bei der neben dem Nutzen für die Schuldner und die Gläubiger allein auf dem

Wege eingesparter Verfahrenskosten ein Mehrgewinn entsteht – selbst nach Abzug der Förderung durch das Land und die Kommunen.

Der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern entscheidet am 13. Dezember darüber, wie er als Gesetzgeber diese Beratung fördern will und ob diese weiter flächendeckend geschehen kann. Wenn dieses unerlässliche Hilfeangebot für überschuldete Familien und Einzelpersonen flächendeckend erhalten werden soll, dann müssen alle Beteiligten an einen Tisch.

Neben der Finanzierung geht es dann auch um die Frage, wie Fachkräftesicherung in diesem Bereich gemeinsam gelingen kann. Ohne Spenden kommen wir aber nicht aus, solange keine 100-prozentige Förderung erfolgt, denn Einnahmen machen wir in der Beratung nicht.

Neue Broschüre zum Vereinsrecht

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat einen »Leitfaden Vereinsrecht« herausgebracht. Für einen Verein gründen, beitreten oder Vereinsämter übernehmen möchte, findet hier nützliche Informationen. In der Broschüre ist nachzulesen was ein sogenannter Idealverein ist, mit dessen Gründung eindeutig kein wirtschaftlicher Zweck verbunden ist, wie er betrieben und wie er aufgelöst werden kann, ohne gegen das Recht zu verstoßen. Vereinigungen zur Förderung des Sports, der Kultur, von Natur und Umwelt oder karitativer Zwecke sind überwiegend als Idealvereine organisiert.

Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Telefon: (030) 18 272 272 1, Fax: (030) 18 10 272 272 1

www.bmjv.de

ANZEIGEN

Solidarität über das Leben hinaus

Die Rote Hilfe e.V. unterstützt alle, die für eine gerechtere Welt kämpfen.

Mit einer Berücksichtigung der Roten Hilfe e.V. in deinem Testament, kannst du Solidarität mit denen leisten, die diese Ideale und Kämpfe weiterführen. Bitte melde Dich bei uns, wenn Du an diesem Thema interessiert bist und den Bestand der Roten Hilfe e.V. mit einem Vermächtnis unterstützen willst.

nachlass@rote-hilfe.de
Rote Hilfe e.V. – Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 – 7 70 80 08

ARBEITSLSENVERBAND DEUTSCHLAND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

... arbeitslos, Schulden oder im Hartz IV-Bezug?

- Wir bieten Ihnen Hilfe an!
- Wo Sie uns finden?

Besuchen Sie uns im Internet unter www.alv-mv.jimdo.com

Ihre Spende hilft:
IBAN: DE5213050000705004147, BIC: NOLADE21ROS

Kuba braucht jetzt dringend unsere Solidarität!

Danke, danke! allen Spendern für ihre großartige Unterstützung!

Bis Ende September wurden 92.361 € für die Beseitigung der Hurrikanschäden gespendet.

Die schweren Schäden, die der Hurrikan vor allem in der Landwirtschaft, der Energieversorgung und an den Wohnhäusern verursacht hat, erfordern nach wie vor unsere Solidarität.

Deshalb unsere erneute Bitte an die Freunde Kubas: spenden Sie auch weiterhin für die Beseitigung der Schäden!

KarEn VERBAND FÜR ÖKOFREUNDLICHE ALTERNATIVE ENERGIE VON FÜR KUBA E.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.
Kennwort: Hurrikan „Irma“
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104
(Spenden werden nicht steuerlich abgesetzt, bitte Adresse angeben)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

Wir kämpfen

- für ein soziales, solidarisches und friedliches Europa
- für eine EU der Menschen statt der Banken und Konzerne
- gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenhass
- für unsere Antwort auf den Brexit und
- für eine Neubestimmung von EU-Politik

Cornelia Ernst, Thomas Händel, Sabine Lösing, Martina Michels, Martin Schröder, Helmut Schab, Gabi Zimmer
- Abgeordnete für DIE LINKE im Europaparlament

DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT

www.dielinke-europa.eu

EURONATUR STIFTUNG

Naturschutz ohne Grenzen

Seit über 25 Jahren verbinden wir europaweit Menschen und Natur über Ländergrenzen hinweg. Gerne informieren wir Sie über unsere Projekte.

Sabine Günther
Telefon + 49 (0) 7732/92 72-17
sabine.guenther@euronatur.org
www.euronatur.org

Lohnsteuerhilfeverein Quadriga e.V.

Wir erstellen Ihre Einkommensteuererklärung bei Einkünften ausschließlich aus nicht selbstständiger Tätigkeit, Renten, Pensionen und Unterhaltsleistungen im Rahmen einer Mitgliedschaft.

Beratungsstellen:

10245 Berlin	Boxhagener Straße 119	Tel.: 030 29490063
10407 Berlin	Pasteurstraße 36	Tel.: 030 4212147
12489 Berlin	Florian-Geyer-Str. 109	Tel.: 030 63790072
13187 Berlin	Berliner Straße 3	Tel.: 030 4863983
15711 Königs Wusterh.	Luckenwalder Straße 30	Tel.: 03375 294713
18321 Bernau	Ladeburger Chaussee 73	Tel.: 03338 45157
18781 Hennigsdorf	Havelplatz 3	Tel.: 03302 81950
99734 Nordhausen	Wilhelm-Nebelung-Str. 6	Tel.: 03631 479575

Öffnungszeiten:
Montag – Donnerstag: 09:00 – 18:00 Uhr
Freitag: 09:00 – 15:00 Uhr
bzw. nach telefonischer Vereinbarung
Internet: www.quadriga-ev.de
E-Mail: webmaster@quadriga-ev.de

Satt ist gut. Saatgut ist besser.

Wer sich selbst ernähren kann, führt ein Leben in Würde.
brot-fuer-die-welt.de/saatgut

Mitglied der **actalliance**

Brot für die Welt
Würde für den Menschen.